



In den ersten Monaten dieses Jahres sind für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Hamburg einige Termine von besonderer Bedeutung. Am 13. Februar rufen wir alle Beschäftigten an Hamburgs Schulen zur Aschermittwochsdemo für bessere Arbeitsbedingungen auf, unter dem Motto: „10 Jahre Arbeitszeitmodell sind mehr als genug!“

Unter dem Bildungssenator Lange (FDP) wurde das Mehr-Arbeitszeitmodell eingeführt und weder die Bildungssenatorin Dinges-Dierig (CDU), noch Goetsch (GAL) noch Rabe (SPD) haben daran etwas grundlegend geändert – trotz großen Protests, trotz zahlreicher externer Evaluationen und vieler guter Hinweise.

Warum nicht? Alle wissen, dass eine grundlegende Veränderung, d.h. eine Entlastung von massiver Mehrarbeit, Stellen und damit Geld kostet. Auch als wir noch keine Schuldenbremse hatten, war das Geld dafür angeblich nicht da.

Wir werden mit unseren Protesten deutlich machen, dass die Regierenden nicht nur gegenüber dem öffentlichen Haushalt Verantwortung haben, sondern auch für ihre Beschäftigten und die Schulen in Hamburg. Überlastung der Lehrkräfte verringert die Qualität von Schule und Unterricht. Wenn richtig ist, was die Hattie-Studie ermittelt hat, dass erfolgreicher Unterricht in erster Linie von der Lehrkraft abhängt, dann müssen die Lehrkräfte

„pfleglich“ behandelt werden, Zeit für gute Vorbereitung und guten Unterricht haben und ein Umfeld vorfinden, das ihre Tätigkeit unterstützt und fördert.

Davon kann im Schulalltag heute an Grundschulen, Sonderschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen nicht die Rede sein. Stattdessen wachsen die Belastungen immer weiter – durch unzureichend ausgestattete Inklusion, durch die Einführung des Ganztags ohne die nötigen personellen Ressourcen und die nötigen Räume, Kantinen etc., durch das Abkoppeln ganzer Stadtteile in sozialen Brennpunkten.

Die Schulinspektion blendet bei ihren Untersuchungen die Arbeitsbedingungen und den Zeitdruck der Beschäftigten vollständig aus: Wie kann da eine vernünftige Diagnose geschweige denn eine Therapie stattfinden?

Zur „pfleglichen“ Behandlung der Beschäftigten gehört auch die Bezahlung. Jetzt beginnt die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder. Mit der Entgeltforderung von 6,5 Prozent mit sozialer Komponente wollen die Gewerkschaften den An-

derung von Lehrkräften durch Entgelttrichtlinien des Arbeitgebers muss endlich aufhören. Bundesweit gibt es etwa 200.000 angestellte Lehrkräfte, zu denen auch die Vorschulklassenleitungen zählen. Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber nicht auf ihr Alleinbestimmungsrecht verzichten und damit der größten Berufsgruppe willkürlich die Tarifierung ihres Entgelts verweigern. Wenn die Arbeitgeber nicht zügig verhandelbare Angebote auf den Tisch legen, wird es auch in Hamburg zu Warnstreiks noch im Februar kommen, darauf sind wir vorbereitet.

Es handelt sich um eine Tarif- und Besoldungsrunde, d.h., es geht auch um die Besoldung der BeamtInnen. Gerade in Hamburg, denn hier gibt es die schriftliche Zusicherung des 1. Bürgermeisters, die Tarifergebnisse wirkungsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen. Alle – Angestellte und BeamtInnen – sind also gefragt, wenn es gilt, auf der Straße zu zeigen, dass wir kampfbereit sind! Schon jetzt zeichnet sich auch in Hamburg ab, dass ohne Druck nichts geht: Die Einsicht des Arbeitgebers und Dienstherrn kommt

**Klaus Bullan**

## Tarifrunde und Arbeitszeitmodell

schluss zum Tabellenentgelt bei Bund und Kommunen (TVöD) herstellen. Es darf keine schlechtere Bezahlung von Landesbeschäftigten geben! Angesichts der großen Risiken für die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums in der Euro-Zone ist es ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, die Einkommen der Beschäftigten und damit die Binnennachfrage in Deutschland in diesem Jahr deutlich zu erhöhen. Die einseitige Eingrup-

nicht von selbst!

Perfide ist die Hamburgische Besonderheit dieses allein regierenden SPD-Senats, dass Einkommenserhöhungen, die über 1,5% liegen (also bei Einbezug der Preissteigerungsrate deutlich im Minusbereich) durch zusätzlichen Personalabbau im öffentlichen Dienst kompensiert werden wird. Wir werden also vor die Wahl gestellt: Entweder Realeinkommensverluste oder Personalabbau.